

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2-02/17

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Die Welt in Unordnung, EU vor dem Zerfall und NRW-Wahlkampf

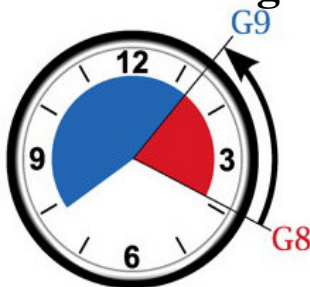
Im Februar 17 tobt auf fast allen deutschen Kanälen und Medien ein erbitterter Kampf gegen den ungewollten neuen US-Präsidenten. Ein riesiges Ablenkmanöver der verunsicherten politischen Kaste, die um Pöstchen und Privilegien bangt? Doch es war nicht Trump, der die bedrohlichen Zerfallserscheinungen der EU auslöste. Euro- und Flüchtlingskrise haben grundlegende Mängel der EU offenbart. Mitte März sind Wahlen in den Niederlanden, im April Präsidentschaftswahlen in Frankreich, im Mai NRW-Wahlen und im Sept. im Bund. Egal, was im einzelnen geschieht, das Kernproblem ist die Ideenlosigkeit. "Weiter wie gehabt" wird nicht mehr lange funktionieren. Wenn just der Eurokrat Schulz nun vermeintlich die SPD in Umfragen steigen läßt, so wird das womöglich bald als Strohfeuer enden, denn auch er hat kein Konzept zur Rettung der EU. Vieles kann man z.Zt. nur als vorgezogenen Landtagswahlkampf verstehen, auch und nicht zuletzt in der Heimatstadt der Ministerpräsidentin.



Auch die Mülheimer Demokratie kränkelt beträchtlich!

Die Skandale in Mülheim nur im Jan. des neuen Jahres hätten früher monatelang kontroverse Diskussionen erzeugt. Geht inzwischen fast alles unter und die WAZ-Medien versuchen ziemlich massiv und platt, nur bestimmte Klischees zu verbreiten und anderes zu verschweigen. Die MBI hatten für die Februar-Runde der Gremien eine Serie von Anträgen und Anfragen eingereicht, auch um die anstehenden Themen im Getöse um die Landtagswahl nicht ganz untergehen zu lassen. *Alleine 5 Eingaben befassten sich mit Problemen und Verbesserungsvorschlägen für das Oberproblem ÖPNV. Zur abgängigen Citymanagerin, zum anstehenden neuen SWB-Geschäftsführer, zur Insolvenz der AWO, zur Gründung des MRR (Metropolregion Rheinland) mit Duisburg als Konkurrenz zum RVR, zur Aufhebung der unnötigen Sperrung von Schollen-/Ruhrstr., zur Intransparenz bei Investitionen des Theaters, zu evtl. weiteren Problemen bei ÖPP-Projekten wie am Karl-Ziegler zufällig bekannt geworden, und "natürlich" zu notwendigen Schlussfolgerungen aus dem Skandal um das Bonan-Gehalt auch für andere ausgegliederte städtische Gesellschaften.* Die meisten MBI-Punkte wurden in den WAZ-Medien nicht einmal erwähnt und in den Gremien auch deshalb von der Verwaltung ziemlich oberflächlich bis nichtssagend behandelt. Mehr zu Haupt- und Planungsausschuss auf den folgenden Seiten.

Volksbegehren zur Abschaffung des "Turbo"-Abiturs in NRW



Seit Jahren wird über das Abitur nach 8 oder 9 Jahren am Gymnasium gestritten. Ab dem 2. Februar liegen in 3 städtischen Stellen in Mülheim Unterschriftenlisten für das Volksbegehren für die Rückkehr zu G9, dem Abitur nach 9 Schuljahren, aus. **Die Initiative "G9-jetzt" hat dazu ein Volksbegehren eingeleitet. Unterschriften sind per Amtseintragung ab 2. Februar in der Bürgeragentur, dem technischen Rathaus und der Stadtteilbücherei Speldorf möglich. Sammelunterschriftsbögen für das Volksbegehren können auch in der MBI-Geschäftsstelle, Kohlenkamp 1, abgeholt oder abgegeben werden.**

Auf den folgenden Seiten:

- Ein nur noch peinlicher Mülheimer Hauptausschuss einzig zur Bonan-Saga! S. 2
- Metropole Rheinland als Konkurrenz zum RVR? Will Duisburg nicht mehr Ruhrgebiet sein?..... S. 3
- MBI-Anfrage zur Suche nach einem neuen SWB-Geschäftsführer S.3
- Mülheim: Baustellen-Irrsinn, ohne Rücksicht auf Verluste! S. 4

Einlegeblatt: Die vergessene Agenda 21 zu Überlebensfragen der Menschheit

Ein nur noch peinlicher Mülheimer Hauptausschuss

Am 9. Feb. 2017 war Hauptausschuss der Stadt Mülheim, bei dem es vornehmlich um die Aufarbeitung der peinlichen Bonan-Saga und um die Zukunft der gemeinsamen Verkehrsgesellschaft von Mülheim und Essen geht. Ein weiterer Punkt war der überraschende, schnelle Abgang der gerade erst eingestellten Citymanagerin, was nur ans Tageslicht kam, weil die MBI sie per Antrag zur Vorstellung ihres Programms im Hauptausschuss haben wollten.

Dieser Punkt wurde von SPD, CDU, Grünen, BAMH und FDP von der Tagesordnung gestimmt, weil die Dame ja bereits abgängig wäre. Auch der OB wollte zu der peinlichen Geschichte nichts sagen, obwohl er in der WAZ Anfang Nov. noch wie folgt zitiert wurde:

„...Mit dem Kaufhof-Abriss befindet sich die Innenstadt gerade mitten in einem Umbauprozess. „Ein guter Zeitpunkt, um in die Neuentwicklung einzusteigen“, findet Oberbürgermeister Ulrich Scholten. Er hat die Auswahl der City-Managerin zur Chef-sache erklärt. Schließlich ist die Aufgabe mit hoher Außenwirkung verbunden. Jedes fünfte Geschäft steht leer – Mülheims Mitte bleibt das Aufregertema. Von den 20 Bewerbern wählte der OB am Ende die Beste aus....“



Die „Beste“ hat sich nach nur ganz kurzer Zeit wieder abgemeldet und der OB sieht keine Notwendigkeit, das zu erklären und über die Wiederbelebung einer danieder liegenden Innenstadt zu beraten. Ein Armutszeugnis, das auch dadurch nicht besser wird, dass der größte Teil der gewählten „Volksvertreter“ – außer MBI, ALFA und den Linken! – das auch noch befürwortete!

Damit blieb als einziger wirklicher Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil der Sitzung des sog. „kleinen Rates“ die oberpeinliche Bonan-Saga. Zu dem einzig verbliebenen Punkt hatte die Verwaltung tags zuvor eine 4-seitige Stellungnahme verschickt, deren Kernaussagen dann eineinhalb Stunden lang immer und immer wieder rauf und runter gebetet wurden. Die wesentlichen Aussagen lauten:

- Die gesamte Geschichte mit den Geschäftsführergehältern sei eine reine Essener Sache. Die Kommunikation sei nicht optimal gelaufen, weshalb der Fusionsprozess dadurch beschädigt worden sei.
- Alle wollen aber, dass die Fusion der Verkehrsbetriebe erfolgreich verläuft, weshalb nun ein Arbeitskreis aus Vertretern aller Fraktionen und Gruppen des Rates gebildet wird.
- Die Gehälter seien gemäß benchmarking für ÖPNV-Gesellschaften dieser Größe ermittelt worden und deshalb angemessen. Das Problem sei aber, dass es an die Öffentlichkeit gelangte, wahrscheinlich von Gegnern der Fusion.

Was denn mit MVG-Geschäftsführung wird, da die Fusion vor August wohl nicht richtig zustande kommt, die jetzigen Nebenjob-Geschäftsführer Bonan und Feller als EVAG-Geschäftsführer vertraglich nur bis Ende März für die MVG zuständig seien, war nicht wirklich zu klären trotz mehrmaliger Nachfrage.

Fazit: Das ganze ist haarsträubend unprofessionell gemacht worden und hatte bisher nur die Oberziele, erst einmal die Geschäftsführergehälter festzulegen, und zwar so, dass daran nicht mehr gerüttelt werden kann. Ein denkbar schlechter Start der Fusion!

Bezeichnend auch die Antwort auf die MBI-Frage Nr. 4, die wie folgt lautete:

Welche Möglichkeiten gibt es, künftig eine verbesserte Information und Kontrolle zu gewährleisten

(a) mindestens für den Rat und (b) möglichst auch öffentlich über Vorgänge und Beschlüsse in den ausgliederten Gesellschaften, und zwar (1.) bei den Gesellschaften ohne private Anteilseigner und (2.) evtl. auch für die teilprivatisierten Gesellschaften?

Vorgelesene Antwort des OB-Referenten kurz und bündig: Es gibt Bestimmungen für die Beteiligungsgesellschaften und keinen Grund, irgend etwas anders zu machen.

Also: Alles soll weitergehen wie immer. Der OB agierte zuletzt alles andere als souverän bei wichtigen Personalien (Bonan, Mendack, Citymanagerin). Eigentlich kann auch niemand glauben, dass er von dem irren Gehaltsprung seines Kämmerers zum ÖPNV-Geschäftsführer ohne Fachkompetenz nichts gewusst haben soll. Nach der gesamten berechtigten Empörung hätte es dem OB gut zu Gesicht gestanden, wenn er den Fehler zugegeben und versprochen hätte, zukünftig mehr Fingerspitzengefühl einzusetzen und alles transparenter zu gestalten anstatt sich mit formalen Entscheidungsstrukturen privatrechtlicher Aktiengesellschaften oder GmbHs herauszureden. Schließlich geht es zu 100% um öffentliche Gelder und dann auch noch um die Beschäftigten und die Nutzer des ÖPNV und zwar nicht als Versorgungsbetrieb für Spitzengehälter u.ä..

Metropole Rheinland als Konkurrenz zum RVR? Wollen Duisburg und Kreis Wesel nicht mehr Ruhrgebiet sein?

Die Stadt Duisburg hat sich aus dem gemeinsamen, aber halbherzigen Verkehrsverbund VIA mit Essen und Mülheim verabschiedet, weil sie an keiner weitergehenden Fusionierung beteiligt sein will. Letzte Woche beschloss der Duisburger Rat, auf dem ehemaligen Güterbahnhof (loveparade-Gelände) ein riesiges Outlet-Center zu errichten. Das wird große Auswirkungen nicht nur auf die Duisburger Innenstadt, sondern auch für umliegenden Ruhrgebietsstädte haben.

Nun will Duisburg auch noch Mitglied in der neuen MRR (Metropolregion Rheinland) werden. Auch das ist für die Krisenregion des Ruhrgebiets von nicht unerheblicher Bedeutung, droht doch eine Schwächung des RVR durch all die Duisburger Sonderwege. Deshalb haben die MBI dies zum Thema für die nächste Sitzung des Rates der Nachbarstadt Mülheim gemacht:

MBI-Vorschlag für die Sitzung des Rates der Stadt am 16.2.2017 TO öffentlich

Bedeutung der Metropole Rheinland (MRR) für Mülheim und das Ruhrgebiet

Die Stadtspitze möge dem Rat der Stadt Mülheim den ihr bekannten Sachstand zur Gründung der MRR vortragen und ihre Einschätzung zu möglichen negativen Auswirkungen für Mülheim und den RVR darlegen. Ferner möge sie berichten, wie insbesondere die Doppelmitgliedschaft von Duisburg, in geringerem Maße auch die von Moers und dem gesamten Kreis Wesel, in den weiteren Ruhrgebietskommunen diskutiert wird und was man überlegt, wie eventuellen zukünftigen Benachteiligungen durch den MRR begegnet werden sollte.

Begründung:

Am 20. Februar wird aller Voraussicht nach die sog. Metropolregion Rheinland gegründet, der auch die Stadt Duisburg und der Kreis Wesel angehören sollen. Diese sind bisher auch wichtige Mitglieder des RVR. Gegen deutliche Bedenken nicht weniger Gebietskörperschaften in der zukünftigen MRR wurde in der Vollversammlung der Beitrittswilligen die Vollmitgliedschaft von Duisburg und dem Kreis Wesel mehrheitlich beschlossen. Die Geschäftsstelle des MRR soll in den Gebäuden des Landschaftsverbandes LVR in Köln angesiedelt werden.



Regionalverband Ruhr

Aus Sicht des RVR- und LVR-Mitglieds Stadt Mülheim muss diese Entwicklung durchaus Sorgen bereiten, weil eine Schwächung des RVR befürchtet werden muss, der bekanntlich noch bei weitem nicht das Gestaltungspotential besitzt, welches ein erfolgreicher Strukturwandel des Ruhrgebiets benötigt. Die MRR wird nicht unwesentlich voran getrieben durch die IHK's der beteiligten Städte und sicherlich wird ein Schwerpunkt auch darauf liegen, Fördergelder aus Düsseldorf, Berlin und Brüssel für die MRR-Mitgliedskörperschaften zu rekrutieren.

Der WAZ Mülheim war die gesamte Problematik bisher keine Silbe wert. Dabei droht der RVR auch von der anderen Seite her auseinanderzubrechen. Dortmunds Wirtschaftsförderer schrieb kürzlich: *"Damit wird auch noch einmal deutlich, obgleich wir öffentlich immer gerne zum Bestandteil des niedergehenden Ruhrgebietes gemacht werden, sind wir in Wirklichkeit ein Motor der westfälischen Boomregion."*

MBI-Anfrage zur Suche nach einem neuen SWB-Geschäftsführer

Nachdem die Personalien zur Bestellung von Bonan als ÖPNV-Geschäftsführer und Mendack als Bonan-Nachfolger erschreckend unprofessionell abliefen und auch der schnelle Abgang der neuen Citymanagerin kein Ruhmesblatt war, sollte man von vorneherein mehr Transparenz und demokratische Beteiligung gewährleisten bei der nächsten wichtigen Personalentscheidung der Stadt, der SWB-Geschäftsführung. Deshalb:

MBI-Anfrage für die Sitzung des Rates der Stadt am 16.2.2017 TO öffentlich

Betr.: Neuer SWB-Geschäftsführer

Schon nach 3 Jahren hat SWB-Geschäftsführer Ulf Lennermann Mitte Dez. bekanntgegeben, seinen Vertrag nicht zu verlängern. Damit wird der Geschäftsführer-Posten zu Ende 2017 wieder frei. Seit dieser Ankündigung sind 2 Monate vergangen und es gibt bisher keine erkennbaren Aktivitäten zur Suche eines Nachfolgers. Allerdings kursieren hierzu inzwischen Gerüchte. Wir bitten daher die Verwaltung, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1) Wie weit sind inzwischen die Vorbereitungen zu Suche und Auswahlverfahren eines neuen SWB-Geschäftsführers gediehen?
- 2) Wann ist mit der Ausschreibung der Stelle zu rechnen? Wer beschließt die Konditionen der Stellenausschreibung?
- 3) Wann und in welchen Gremien sollen Bewerber vorgestellt werden, und wann ist die Beschlussfassung über diese Neubesetzung im Rat vorgesehen?

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

**Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr**
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

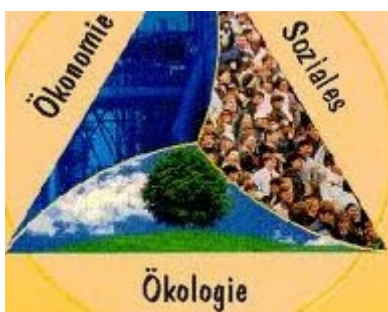
e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Die vergessene Agenda 21 zu Überlebensfragen der Menschheit: **Zivilisationskrise und Demokratiekrise fast all überall?**

Die großen Verlierer der letzten Jahre, spätestens seit Merkels „Wir schaffen das“ und „das Asylrecht kennt keine Obergrenze“ als große Einschnitte in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind die Themen Umweltschutz, Artenschutz, Energiwende und universelle Menschenrechte. Schuld daran sind genau diejenigen, die davor am lautstärksten genau diese Themen vertreten haben. Unabhängig davon, dass Grüne und Linke bis heute mit ihrer realitätsblinden Euphorisierung von „Willkommenskultur“ nicht gemerkt zu haben scheinen, dass sie die nützlichen Idioten für ganz bestimmte Wirtschaftssektoren darstellten, vorneweg Immobilienspekulanten, Baufirmen, Sicherheitsindustrie, Sozialkonzerne, aber auch hoch verschuldete Städte wie im Ruhrgebiet, sind ihre vorherigen Hauptthemen mit der Flüchtlingskrise regelrecht ins Abseits getrieben worden. Das ist kein Zufall. Die Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft sowie die deutlich bedrohte Sicherheit sind Folgen einer unregelmässigen Massenzuwanderung mit romantisch-kindlichem Menschenbild, das nicht nur Deutschland, sondern auch die gesamte EU in große Legitimationskrisen hinein manövriert hat.

Überlebensfragen der Menschheit aus der Mode?



Völlig aus den „Mode“ gekommen sind bei allen politischen Diskussionen und Kommentaren zu den vielfältigen ökologischen, sozialen und kriegerischen Riesenproblemen der Weltgemeinschaft z.B. die Erkenntnisse des Club of Rome aus den 70er Jahren zu den Überlebensfragen der Menschheit, obwohl die heute mehr denn je gelten. Die Überausbeutung der natürlichen Ressourcen der Erde hat bei weiter exponentiell wachsender Weltbevölkerung bereits jetzt zum Kollaps etlicher Ökosysteme und Lebensgrundlagen geführt. Das größte wirkliche Problem bzw. die größte Herausforderung ist der Zugang von Milliarden Menschen zu möglichst trinkbarem Wasser, denn ohne läuft nix.

Noch zu Beginn dieses Jahrtausends war es allgemeiner Konsens, dass das 21. Jahrhundert weltweit ganz im Zeichen der Auseinandersetzungen um Wasser stehen würde. Das stimmt zwar immer noch, nur ist alles überlagert von den Fragen der Zuwanderung oder der islamistischen Bedrohung. Die vielfältigen Ansätze der Entwicklungspolitik und der gesamten UN-Organisationen in den 80er Jahren fanden ihren Niederschlag in der Rio-Konferenz 1992. Der Agenda 21 mit ihrem Oberziel der nachhaltigen Entwicklung stimmten fast alle der damals 192 Staaten der Erde zu und über 180 ratifizierten die Schlussdokumente.



Obama und Merkel 2012

nicht interessiert an nachhaltiger Entwicklung?



Doch danach gerieten diese beschlossenen Entwicklungsziele fast vollständig aus den Augen der handelnden Politiker und ihrer „thinktanks“. Einzig an der Klimadebatte wurde weiter gearbeitet, von Konferenz zu Konferenz und mit wenig Erfolg Richtung der Agenda 21 von Rio, auch weil die Klimadiskussion isoliert geführt wurde, z.B. ohne die Frage Bevölkerungsentwicklung bzw. -kontrolle. Rio+20 Als im Juni 2012 in Rio die Nachfolgekonferenz Rio plus20 stattfand, sagten mit Obama und Merkel 2 der wichtigsten Staatenlenker die Teilnahme in Rio ab. Zufall?

Nein! Ob mit oder ohne: **Der Gipfel wurde zum großen, fatalen Flop!** b.w.

Damals im Juni 2012 deutete sich eine fundamentale Zivilisationskrise an. Heute sind wir bereits mitten drin! Kommentar vor fast 5 Jahren: „Die Welt hat mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ein inakzeptables Niveau erreicht. Anstatt jetzt gegenzusteuern, droht ein Weiter so. Dieser Weg führt in ungeahnte Katastrophen. Die Eurokrise, die US-Wirtschaftskrise und rücksichtslose Schwellenländer wie China, Russland, Indien oder Brasilien in ihrem Versuch der hemmungslosen Kopie der westlichen Wegwerfgesellschaften (zumindest für die oberen Schichten) haben anscheinend die Überlebensfragen des Globus, so wie der Mensch ihn sich „untertan“ gemacht hat, völlig in den Hintergrund gedrängt. Nach den auf Rio 92 folgenden 2 Jahrzehnten des immer ungezügelteren Kasino- und Turbokapitalismus steuert das inzwischen permanente Krisenmanagement ganze Teile der Welt in eine fundamentale Zivilisationskrise! Die Zahl der Opfer wird groß sein. Der Erde als solcher ist es sch... egal, wieviele Menschen auf ihr leben oder welches Klima herrscht und wie hoch der Meeresspiegel ist!“

Fazit in 2012 u.a.: „Gegen alle Erkenntnisse bis zur Rio-Konferenz 1992 und entgegen der von über 180 Staaten ratifizierten Agenda 21 geschah danach das exakte Gegenteil. Und fast alle spielten mit, außer den Milliarden abgekoppelter Menschen weltweit, versteht sich. So kam es, dass die Diskussion sich pervertierte, von Agenda 21 zu Agenda 2010 oder gar zu Stuttgart 21 u.ä.“

Aus der Zivilisations- mit Riesenschritten in die Demokratiekrise, basierend auf nachhaltiger Zerstörung und Rücksichtslosigkeit!

Heute 2017 stellen sich vordergründig die Fragen von Rio oder nachhaltiger Entwicklung nicht mehr. Putin, Erdogan, Trump u.v.a. stellen die Fragen ganz anders. Nach der insgesamt gescheiterten Politik von „Messias“ Obama und der ebenso kontraproduktiven Alleingänge von „Mutter Theresa“ Merkel ist sich jede/r nur noch selbst der nächste. Das ist leider nicht nur bei den Autokraten und Potentaten so, sondern wiederholt sich ganz analog der Erkenntnisse der Chaostheorie immer stärker auch weiter unten bis in die kommunale Ebene, wie auch Mülheim bestens belegt.

Kurzum: Eine Zivilisationskrise womöglich größer und vor allem globaler als vor dem 2. Weltkrieg ist im Anmarsch und noch sind kaum Gegenkräfte in Sicht. Die vermeintliche Alternative zwischen bisherigen Globalisierern im Turbokapitalismus und aufstrebenden Populisten bis Nationalisten ist die gleiche Seite der gleichen Medaille.

Bisher spielten fast alle mit, außer den Milliarden abgekoppelter Menschen weltweit, versteht sich.

- ◆ Gigantomanie statt Nachhaltigkeit, man denke nur an den Berliner Flughafen, Stuttgart 21, die Elbvertiefung oder den geplanten Fehmarn-Tunnel, die Hochmoselbrücke uswuf.....
- ◆ Entscheidungen über den Köpfen der Menschen statt Partizipation
- ◆ Kleptokratie und Gutachteritis statt Demokratie
- ◆ Lobbyistentum und Immobilienspekulanten statt Gemeinnutz
- ◆ zerstörerisch statt ökologisch, das Gegenteil von Nachhaltigkeit
- ◆ und finanziell ruinös, zumindest für fast alle staatlichen Ebenen

All das spüren oder wissen die Menschen spätestens, seit der ganze neoliberale Spuk mit seinen Heilsversprechen auch die stabilsten Mittelschichtsgesellschaften im Gefolge der Finanz- und Immobilienkrise 2008/9 mit immer neuen Krisen überzieht. Ob sie das Steuer noch herumreißen wollen oder können, bleibt abzuwarten. Doch zur Zeit deutet nichts darauf hin, denn die sog. Eliten wirken geistig und philosophisch ratlos, wenn nicht gar bankrott. Sowohl die Brexit-Entscheidung wie die Wahl von Trump waren bereits deutliche Abwahlen der bisherigen Eliten bzw. des Establishment, ohne dass gängige und zukunftssträchtige Gegenmodelle erkennbar wurden.

P.S.: Der berühmte Weissagungsspruch der Cree-Indianer müsste vielleicht aktualisiert werden, z.B. so: „..... werdet Ihr feststellen, daß man weder Geld, noch smartphones essen kann!“

Ganz offensichtlich ist ein grundlegender Wandel „unseres“ westlichen Entwicklungsmodells vonnöten, ganz zu schweigen von den überfälligen Korrekturen der massiven Fehlentwicklungen in großen Teilen der sog. "unterentwickelten Ländern", wo ein Staat nach dem anderen als "failed state" gilt, ob in Arabien, am Hindukusch, weiten Teilen "Schwarz"-Afrikas, aber zusehendst auch in Mittel- und Südamerika., bis hin zu neuerlichen Krisenstaaten wie Südafrika und Brasilien, die vor nicht langer Zeit noch als aufstrebende Regionalmächte galten. .

